

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 48. Jahrgang

AZB 3001 Bern / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 11/12 2013

Démocrate  **Suisse**
Page 7

Schweizer Demokraten (SD) haben eine Daseinsberechtigung!

Darum: Die jüngsten Volksabstimmungen und Umfrageergebnisse haben es bewiesen:

- Die grosse Mehrheit der hier ansässigen Menschen möchte die Schweiz als unabhängigen und selbstbestimmten Staat erhalten!
- Trotz der steten Angriffe aus Kreisen der EU und der USA und der einheimischen (vermeintlich) intellektuellen Elite und der tiefen Stimmbeteiligung bei Sachabstimmungen möchten weit über 70 Prozent der Schweizer Bevölkerung die politische Mitbestimmung über Referenden, Initiativen und Petitionen keinesfalls missen.

Das politische Leben kann aber nur blühen, wenn die Bürgerschaft laufend über alles, was «die da oben» ausbrüten, korrekt, das heisst objektiv, informiert wird. Durch die laufende Ausdünnung politisch relevanter Massenmedien und den Missbrauch des Monopolmediums TV wird diese Information jedoch immer mehr gefährdet. In diesem Zusammenhang hat unser «Schweizer Demokrat» eine wichtige Aufgabe zu erfüllen.

- Nur die Schweizer Demokraten stehen ohne Wenn und Aber zum Kleinstaat Schweiz und
- berichten über die politische und wirtschaftliche Gefährdung;
- warnen vor der Aufweichung unseres Neutralitätsstatus;
- bekämpfen die demografische und wirtschaftliche Wachstumsidiotie.

POSTCODE

AZB 3001 Bern

Diese Stimme im politischen Chor unseres Landes darf nicht verstummen! Sie – liebe Leserinnen, liebe Leser – haben es in der Hand, dieser Stimme Kraft und Nachhaltigkeit zu garantieren!

Wir benötigen von Euch allen namhafte finanzielle Unterstützung!

★ ☆ ★ ☆ ★ ☆ ★ ☆ ★ ☆ ★ ☆ ★ ☆ ★ ☆ ★
★ **Wir wünschen** ★
★ **allen Leserinnen** ★
★ **und Lesern** ★
★ **frohe Festtage und** ★
★ **ein gutes neues Jahr.** ★
★ S'D-Parteileitung ★
★ ☆ ★ ☆ ★ ☆ ★ ☆ ★ ☆ ★ ☆ ★ ☆ ★ ☆ ★

Wir zählen auf Eure Grosszügigkeit im Sinne einer Sonderzuwendung zum Jahresende, als Weihnachtsspende, ja als Nothilfe. Im Namen der Geschäftsleitung danke ich Euch für Eure Hilfe.

*Valentin Oehen, e. Nationalrat,
Ehrenpräsident SD, Köniz*

**Der SD-Zentralvorstand hat folgende Parole für die Eidg. Volksabstimmung vom 9. Februar 2014 beschlossen:
JA zur Eidgenössischen Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung»**

Sommarugas Völkerrecht – existiert so nicht!



Rudolf Keller,
e. Nationalrat,
SD-Zentral-
präsident,
Frenkendorf

Sehr gut erinnere ich mich an die Diskussionen in der nationalrätlichen rechtspolitischen Bundesverfassungskommission zum Thema Volksrechte und Völkerrecht. Es klingt mir vor allem die Aussage des damaligen Bundesrats Arnold Koller in den Ohren. Er hielt **sinn-gemäss fest, dass gemäss der neuen Bundesverfassung eine Volksinitiative für die Wiedereinführung der Todesstrafe aus zwingenden völkerrechtlichen Gründen für ungültig erklärt werden müsste.** Völlig unabhängig davon, ob man für oder gegen die Todesstrafe ist, heisst dies gemäss bundesrätlicher Interpretation, dass in der Schweiz die Todesstrafe nie mehr eingeführt werden kann. Wir hatten zum Thema Völkerrecht auch Anhörungen von einigen Rechtsprofessoren.

Dort wurde uns von diesen Experten aber klar erläutert, dass es für das zwingende internationale Völkerrecht keine fix formulierten Grundsätze oder Forderungskataloge gäbe.

Da redet man über einen schwammigen Begriff!

SD-Volksinitiative deswegen eliminiert

Noch gut erinnere ich mich auch an **die Ungültigerklärung unserer SD-Volksinitiative «für eine vernünftige Asylpolitik».** Unsere Initiative wurde nach inhaltslosem und langwierigem Palaver und Dis-

Adressänderungen

Die Post sendet nach Ablauf der Nachsendefrist das an Sie adressierte Exemplar der Zeitung «Schweizer Demokrat» zurück und meldet uns Ihre neue Adresse nicht mehr.

Bitte melden Sie daher Ihre allfälligen Adressänderungen frühzeitig an

SD, Postfach 8116, 3001 Bern,
E-Post: schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie sichern sich damit den lückenlosen Empfang Ihrer Zeitung.
(Red.)

kussionen wegen eines angeblichen Verstosses gegen zwingendes Völkerrecht schlicht für ungültig erklärt und im Bundesparlament beerdigt. **Damals wurde uns vorgeworfen, wir verstossen gegen das Non-Refoulement-Prinzip.** Es wurde behauptet, dass wir mit unserer Volksinitiative Menschen aus dem Land weisen und sie zurück in Folter und Tod schicken würden. Das war schon damals natürlich blanker Unsinn. Man hätte unsere Initiative völkerrechtskonform auslegen und auch umsetzen können. Aber man wollte das bewusst nicht. **Mit absolut willkürlichen Argumenten bodigte man so unsere Volksinitiative, die damals vor dem Volk durchaus Chancen gehabt hätte.**

Die Regierenden wollten das Risiko einer Annahme der Initiative schlicht nicht eingehen und hatten so die Angelegenheit liquidieren können – äusserst fragwürdig und undemokratisch.

Umsetzung verweigert

Nun hat das «böse böse» Stimmvolk glücklicherweise unlängst die Ausschaffungsiniziative angenommen. Aber der Bundesrat weigert sich völlig undemokratisch, die Ausschaffungsiniziative – wie übrigens auch die Verwahrungsiniziative, die Zweitwohnungsiniziative und die Abzockeriniziative – gemäss Volkswille wortgetreu umzusetzen. Weshalb ist das bei der Ausschaffungsiniziative so? – Der Bundesrat redet einmal mehr von der «Verletzung von zwingendem Völkerrecht». Aber die Definitionen, was dieses internationale Völkerrecht überhaupt ist, sind rein willkürlich und können inhaltlich völlig frei interpretiert werden. Deshalb haben die Initianten nun eine Durchsetzungsiniziative lanciert und eingereicht.

Die Durchsetzungsiniziative hat zum Ziel, den ursprünglich ergangenen Volksentscheid zur Ausschaffungsiniziative auch wirklich umzusetzen.

Teilungültigkeitserklärung

Frau Sommaruga, clever wie sie und ihre widerspenstigen Beamten nun einmal sind, findet aber auch bei der Durchsetzungsiniziative einen Ausweg. Ihr Vorschlag: **Teilungültigkeitserklärung, weil ein Satz des Initiativtextes zwingendem Völkerrecht entgegenstehe.**



Entscheidet Bundesrätin Simonetta Sommaruga (Bild) über Recht und Unrecht?!

Dieser Satz müsse nun gestrichen werden. Dies ist ein absolutes Novum, das gab es noch nie in unserer Geschichte! In Würdigung all dieser Ausführungen bleibt Folgendes festzuhalten: Es existiert nirgends auf der Welt eine Liste, worauf die einzelnen Punkte des sogenannten Völkerrechts aufgeschrieben sind. Da ist sehr viel Interpretationsspielraum vorhanden. **Frau Sommarugas Völkerrecht gibt es also, so wie sie das nun darzustellen versucht, gar nicht.**

Frau Sommaruga und der Bundesrat betreiben mit diesem sogenannten Völkerrecht Willkür und undemokratische Beeinflussung unserer demokratischen Grundwerte.

Volksrechte schützen

Wehren wir uns gegen Bundesbehörden, welche mit diesem Begriff «Völkerrecht» Parteipolitik machen und Raubbau an unseren

Volksrechten betreiben. Wie dieses Tauziehen im Parlament nun ausgeht, wird man sehen.

Auf jeden Fall wird aber vom Bundesrat immer wieder behauptet, dass das nicht näher definierte Völkerrecht höher stünde als unser demokratisch abgesegnetes Landesrecht.

Und da dürfte auf den Bundesrat schon das nächste Problem zukommen. Denn die Initianten der Durchsetzungsiniziative streben eine weitere Volksinitiative an mit dem Titel «Landesrecht steht über dem Völkerrecht». Super, so sollte es in einer Demokratie sein! Und eine solche Initiative würden wir Schweizer Demokraten bestimmt unterstützen. Aber vermutlich antwortet ihnen dannzumal der Bundesrat, dass man so etwas gar nicht fordern dürfe, weil dies völkerrechtswidrig ist und infolgedessen die Initiative ungültig zu erklären sei... Fortsetzung folgt...

Der Ausverkauf der Heimat

In diesen Tagen hat der Bundesrat beschlossen, die Lex Koller weiterhin aufrechtzuerhalten. Vorher wollte er diese wichtige Gesetzgebung gegen unseren jahrelangen SD-Widerstand abschaffen. Die Lex Koller dient dem Schutz unseres Landes vor vielen Land-, Haus- und Wohnungsverkäufen an steinreiche Ausländer und sie verhindert eine masslose Überbauung unseres Alpenraumes. **Nur dank des jahrzehntelangen Kampfes von uns Schweizer Demokraten gibt es dieses bedeutungsvolle Gesetz überhaupt noch!** Das ist ein grosser und wichtiger Verdienst unserer SD.

Damit wir weiterhin gegen den Ausverkauf der Heimat kämpfen können, sind wir aber auch auf Ihre Spende angewiesen. Herzlichen Dank für Ihre Spende, Ihre Treue und Ihre Unterstützung.

Ihr e. Nationalrat Rudolf Keller,
SD-Zentralpräsident, Frenkendorf

Warum benötigt die Schweiz das Kampfflugzeug Gripen?

Vor beinahe drei Jahren ist der tunesische Präsident und Diktator El-Abidine Ben Ali gestürzt worden. Gefördert durch die Berichte in den eigenen Medien glaubte die westliche Welt, **dass dieser Sturz und die nachfolgenden Unruhen in anderen arabischen Staaten zur Errichtung von Demokratien führen würden.**

Dabei wurde übersehen, dass nicht alle Unruhen Revolutionen sind und dass durch Revolutionen selten demokratisch gewählte Regierungen gebildet werden.

Erinnert sei an die Oktoberrevolution der Bolschewiken in Russland im Jahr 1917, die in einer der schlimmsten Diktaturen mit Massenmorden endete, die die Welt je erlebt hat. Eine ähnliche Entwicklung könnte sich auch in der arabischen Welt abzeichnen. Während in Libyen ein Chaos herrscht, haben in Ägypten die Generäle den Muslimbruder Mursi gestürzt und die Herrschaft an sich gerissen. In Syrien herrscht ein blutiger Krieg zwischen der Alawiten-Diktatur von Assad und sunnitischen Islamisten. Gleichzeitig halten sich in den sogenannten arabischen Monarchien Despoten an der Macht, die die Menschen- und Frauenrechte mit Füßen treten. Zur gleichen Zeit versuchen Ableger von Al-Qaida in der Sahelzone die Macht an sich zu reißen. Die französische Intervention in Mali hat in letzter Minute die Machtübernahme durch islamische Extremisten verhindert. **Bedrohungen wie Terrorismus und sogar Bürgerkriege im nahen Umfeld dürften für Europa sehr bald aktuell werden.**

Stärkere Zuwanderung und Terrorismus

Der Arabische Frühling hat lediglich einen arabischen Winter hervorgebracht, der zur Destabilisierung der gesamten Region führen könnte. So besteht die Gefahr, dass die Volkswirtschaften Tunesiens, Ägyptens, Libyens und Syriens zusammenbrechen könnten. **Die Folgen wären Chaos und ein massiver Exodus aus diesen Staaten Richtung Europa. Gleichzeitig ist die EU nach wie vor mit einem möglichen Bankrott der südeuropäischen Staaten konfrontiert.** Sollten deren Wirtschaften und Gesellschaften in ernste Schwierigkeiten geraten, dann würde sich der europäische «Limes» gegenüber dem arabischen Chaos und der Fluchtbewegung aus dem Mittleren



Der Gripen garantiert eine zeitgemässe und konkurrenzfähige Schweizer Luftwaffe.

Osten in nichts auflösen. So wäre insbesondere Mitteleuropa mit einer Masse von arbeitssuchenden Jugendlichen und sogar Extremisten konfrontiert.

Drohender China-Konflikt

Trotz der Annäherung zwischen den USA und dem Iran ist die weitere Entwicklung der geopolitischen Lage im Persischen Golf noch unklar. Gleichzeitig wird die Welt- und Seemacht USA im westlichen Pazifik in zunehmendem Masse durch die Führung in Beijing herausgefordert.

Die chinesische Führung beansprucht die ungehinderte Herrschaft über das gesamte Südchinesische Meer.

Die Umsetzung dieser Ansprüche wäre nicht nur eine Verletzung des internationalen Rechts auf die freie Schifffahrt in internationalen Gewässern, sie würde auch den Handel der amerikanischen Alliierten Japan, Südkorea und die Philippinen durch dieses Meer behindern oder gar unterbinden. Früher oder später werden die USA dieser Konfrontation durch China nicht ausweichen können und vielleicht gar ihr neuestes operatives Konzept «AirSea-Battle», den kombinierten Einsatz von Luft- und Seemacht, gegen ausgewählte Ziele in China umsetzen.

Aufrüstung der Luftwaffe ist zentral

Aufgrund dieser Ausführung ist es offensichtlich, dass die sicherheitspolitische Lage der Welt nach wie vor durch Konflikte und Kriege bestimmt wird. In einer solchen Weltlage gilt deshalb für jeden Staat die Durchsetzung des Dreielementen-Prinzips des Völkerrechts. **Ein Staat besteht aus drei Elementen: Einem Staatsterritorium, einem Staatsvolk und einer Regierung. Ein Staat kann nur bestehen, wenn eine Regierung sein Territorium und sein Volk durch eine Armee schützen kann.**

Ist dies nicht der Fall, dann wird entsprechend der internationalen Gemeinschaft dieser Staat als «failed state» bezeichnet. Dieser Zusammenhang gilt auch für die Schweiz. Solange die Schweizer Regierung den Anspruch aufrechterhalten will, dass die Schweiz ein funktionsfähiger und unabhängiger Staat auch in Europa ist, wird sie mit allen Mitteln eine Armee aufrechterhalten und mit dieser das Territorium der Schweiz schützen und kontrollieren müssen. Zu diesem Territorium gehört auch der Luftraum über der Schweiz. **Die Schweizer Armee ist nur solange glaubwürdig, als sie über eine eigene Luftwaffe verfügt, mit der der Luftraum der Schweiz kontrolliert wird.**

In der Kriegsgeschichte gibt es genügend Beispiele dafür, dass erstens eine Luftwaffe im Frieden der Garant der Souveränität eines Staates ist und zweitens eine Armee in einem Kriegsfall ohne einen Luftschirm vernichtet wird.

Deshalb ist eine Armee ohne eine Luftwaffe bereits im Frieden unglaubwürdig. Nur dank der Royal Air Force konnte Grossbritannien 1940 eine deutsche Invasion verhindern.

Der Gripen ist die richtige Wahl

Was den aktuellen Bestand an Kampfflugzeugen betrifft, so verfügt die Schweiz gemäss dem Military Balance des renommierten «International Institut for Strategic Studies» in London noch über etwa 54 F-5E Tiger II. Diese Flugzeuge stammen technologisch aus der Zeit vor dem Vietnamkrieg und damit aus der ersten Hälfte der 60er-Jahre. Nach dem letzten Absturz haben wir noch 32 F/A-18C/D Hornet. Gestützt auf das Abstimmungsergebnis von 1993 wurden diese Kampfflugzeuge ab Mitte der 90er-Jahre beschafft. Deren Technologie stammt allerdings noch

aus den 80er-Jahren. Die US Navy, die bis vor Kurzem weitgehend mit diesem Flugzeugtyp ausgerüstet war, ersetzt ihre F/A-18C/D durch modernere F/A-18E/F. Leider wurde aus innenpolitischen Ängsten in den 90er-Jahren die in der Beschaffungsbotschaft vorgesehene zweite Tranche an F/A-18 nicht realisiert.

Mit den 32 F/A-18 kann im Falle einer terroristischen Bedrohung die Kontrolle unseres Luftraumes auf die Dauer nicht garantiert werden.

Wegen dieser Situation benötigt die Schweizer Luftwaffe dringend eine Ergänzung der 32 F/A-18. **Der Flugzeugtyp Gripen ist das zum gegenwärtigen Zeitpunkt günstigste Kampfflugzeug, das im Westen verfügbar ist.**

Der Gripen ist miliztauglich und kann demzufolge auch durch Milizpiloten geflogen werden. Bei den Flugzeugtypen Rafale und Eurofighter ist dies nicht der Fall.

Des Weiteren verfügt der Gripen über ein Weiterentwicklungspotenzial. So könnten Gripen später auch zu Drohnen weiterentwickelt werden. Rafale und Eurofighter sind das Endprodukt einer Entwicklungsreihe. **Und schliesslich stammt der Gripen aus dem neutralen Schweden. Durch diese Beschaffung wird die Schweiz nicht automatisch zu einer Zusammenarbeit mit der NATO verpflichtet.**

Existenzielle Frage

Zwischen dem Staat Schweiz, seiner Armee und seiner Luftwaffe besteht eine Wechselbeziehung. Wird diese beseitigt, dann wird die Existenz und Glaubwürdigkeit der Schweiz als Staat in Frage gestellt. Verliert die Schweiz diese Glaubwürdigkeit, dann ist auch die Durchsetzung ihrer politischen Unabhängigkeit nicht mehr glaubwürdig.

Der Verlust der Unabhängigkeit hätte gravierende Folgen für die Volkswirtschaft des Landes. Der Eindruck einer sicheren Schweiz für Investitionen würde sich in Nichts auflösen.

In einem solchen Fall könnte sich auch der Abzug von ausländischen Investoren und von Kapital aus der Schweiz abzeichnen.

*Prof. Dr. Albert A. Stahel,
Gemeinderat, Wädenswil*

Wieso darf man der Katze nicht Büsi sagen?

Im zweiten Quartal 2013 hat die Beteiligungsgesellschaft «Berkshire Hathaway» von Warren Buffet 4,2 Mia. US-Dollar erwirtschaftet. Das ist ein Raubzug am Volkvermögen mit 20% Reingewinn. Warren Buffet gilt mit einem Vermögen von 47 Milliarden US-Dollar als der drittreichste Mann der Welt. Sein imponierendes Imperium umfasst mindestens 20 Grossunternehmen mit rund 290'000 Mitarbeitern. Wer stützt und kontrolliert diesen Giganten der Wirtschaft und der Politik? Mit welchen Mitteln werden allfällige Kritiker dieses mächtigen Mannes mundtot gemacht?⁽¹⁾
«Wir behalten uns vor, jeden Staat zu destabilisieren, der sich unse-

ren Interessen entgegenstellt.» Dies sagte einst Henry Kissinger und hat sich im Vietnam-Krieg schwerster Kriegsverbrechen schuldig gemacht.

Aber er gilt als Ehrenmann – hochdekoriert! Wieso ist er scheinbar unantastbar?⁽²⁾ Prof. Dr. Albert Stahel vom Institut für strategische Studien in Wädenswil hat nachgewiesen, dass die USA seit dem 3. September 1783 andauernd Krieg geführt hat. Dazu folgendes Zitat:

Internationale Verträge – dazu gehörten auch jene mit der indigenen Bevölkerung – wurden von den USA immer wieder für null und nichtig erklärt und gebrochen.



Mit kriegerischen Aktivitäten ergatterte sich Henry Kissinger (Bild) den Friedensnobelpreis.

Selbstverständlich wurde jeweils den andern die Schuld am Krieg zugeschoben. Aufgrund dieses Vorgehens müssten die USA heute international strafrechtlich belangt werden.⁽³⁾

Und nun die Antwort auf die anfangs gestellte Frage: Weil alle verantwortlichen Personen denselben Kreisen angehören wie die Rockefellers, Rothschilds, Goldman-Sachs, Wolfowitz, Perle, Bush usw.

Valentin Oehen,
e. Nationalrat, Köniz

- (1) Wikipedia und Blick vom 5. 8. 2013
(2) Inter Info Folge 416 August 2013
(3) Zeit-Fragen vom 5. 8. 2013

Kroatien und Serbien als neue EU-Sorgenkinder

Am 1. Juli 2013 trat Kroatien als 28. Mitgliedsland der Europäischen Union bei. Das krisengeschüttelte Land mit 51,8 Prozent Jugendarbeitslosigkeit, Durchschnittslöhnen von rund 1300 Franken und Korruptionsskandalen ist jedoch nur der Anfang einer weiteren fragwürdigen Erweiterungsrunde. Nun haben die Staats- und Regierungschefs der EU auch den Verhandlungen über einen Beitritt Serbiens zugestimmt.



Jede EU-Erweiterung kreiert wiederum neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme.

Es wissen es zwar alle, aber niemand wehrt sich dagegen: Mit Kroatien erhält die EU ein neues, teures Sorgenkind. Obwohl bereits klar ist, dass der neue Mitgliedsstaat den EU-Fonds Milliarden kostet und dessen Wirtschaftskrise und Korruption auch nach dem Beitritt nicht abnimmt, wird der Beitritt zwar euphorie- aber auch diskussionslos vollzogen. Das «nächste Griechenland» wurde planmässig in die EU aufgenommen. Und dies wird auch Folgen für die Schweiz haben. Der Bundesrat und die aussenpolitischen Kommissionen von National- und Ständerat haben für die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien bereits grünes Licht gegeben.

Die Folgen sind klar:

Bereits heute leben über 30'000 Kroaten in der Schweiz, dazu kommen über 15'000 in den letzten 10 Jahren eingebürgerte Kroaten.

Diese Diaspora – gepaart mit unserem hohen Lohnniveau und (noch) tiefer Arbeitslosigkeit – wird eine grosse Sogwirkung auf arbeitssuchende Mitbürger in der Heimat haben. Für einige Jahre werden wohl wieder Kontingente ausgehandelt, doch danach wird die Zuwanderung aus dem Balkanland nicht mehr kontrolliert werden können.

Dann folgt Serbien – wer kommt danach?!

Noch schlimmer wird die Situation mit dem Beitritt Serbiens.

Über 89'000 Serben leben heute in der Schweiz, dazu kommen rund 80'000 in den letzten 10 Jahren eingebürgerte Serben beziehungsweise Kosovo-Albaner.

Doch auch dann wird klar sein: Der Bundesrat wird ohne Wenn und Aber die Erweiterung der Personenfreizügigkeit akzeptieren.

Bis dann wird dies gemäss den präsentierten Vorstellungen des EDAs vielleicht sogar automatisch geschehen. Lassen wir es nicht so weit kommen! Der Bundesrat darf die Interessen der Schweiz nicht den Totengräbern der europäischen Wirtschaft opfern, nur um sich selber auf internationaler Bühne zu profilieren.

Das Schweizer Volk muss sich gegen den schleichenden Beitritt der Schweiz zu diesem un-demokratischen EU-Politgebilde zur Wehr setzen. Die Initiative gegen die Masseneinwanderung ist dazu ein erster Schritt.

Bernhard Hess, e. Nationalrat, Bern

Rechtsberatung für Asylsuchende: fragwürdige Auftragsvergabe

Die Schweizer Demokraten (SD) nehmen mit Entsetzen zur Kenntnis, dass das Bundesamt für Migration (BfM) den Auftrag für die Rechtsvertretung und -beratung von Asylsuchenden im neu geschaffenen Testbetrieb in Zürich der Schweizerischen Flüchtlingshilfe (SFH) erteilt hat.

Gemäss Medienmitteilung beinhalteten die Anforderungen dieses Mandats unter anderem eine asylpolitisch neutrale Haltung, welche hierbei in keinsten Weise gegeben ist.

Seit den 90er-Jahren betreibt die Flüchtlingshilfe zusammen mit den rot-grünen Parteien aktiv Opposition gegen jegliche Reformen in Asylfragen, sodass auch die dringlichen Änderungen im Asylgesetz (eidg. Volksabstimmung vom 9. Juni 2013) aufs Ärgste bekämpft wurden. Dabei bilden die Testphasen ein wesentliches Element der vom Schweizer Volk

deutlich angenommenen Revision, zumal man damit die gewollte Verfahrenseffizienz erreichen will. Nun erhalten jedoch die Verlierer dieser Abstimmung den Zuschlag für die praktische Anwendung des Gesetzes, wobei in der sogenannten Bietergemeinschaft auch noch das Netzwerk Schweizerisches Arbeiterhilfswerk (SAH) vertreten ist, welches ebenfalls die Nein-Parole gefasst hatte.

Die Umsetzung des Volksentscheides punkto kürzerer Verfahrensfristen und Verminderung der Asylmissbräuche steht somit vor einer ungewissen Zukunft.

Die SD verurteilen dieses Outsourcing und bevorzugen eine Rechtsvertretung durch das BfM selbst, eine interne Zweigstelle oder ein kantonales Amt.

Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern

Ökonomische Auswirkung der Ausländer auf die Schweiz

Positiver Einfluss

- Import von Wissen und Fähigkeiten; insbesondere im Bereich der Wissenschaft, des Unternehmertums und der Kunst.
- Import von Geld und Beziehungen usw.

Negativer Einfluss

- Überfremdung. Ethnische Konflikte sind durchaus häufig auf dieser Welt. **Mit zunehmendem Ausländeranteil wird das Konfliktpotenzial erhöht** (siehe Unruhen in London, Pariser Vorstädte oder Stockholm). **Solche Konflikte sind auch ein Desaster für die Wirtschaft (abgebrannte Läden usw.)**. In Ländern, wo sich verschiedene Ethnien bekriegen, wie zum Beispiel zurzeit im Kongo, verliert man schlichtweg alles (Leben und Besitztum).
- Zunehmender Ressourcenverbrauch
- Langfristig: zunehmende Armut.

Wenn in einem Land zusätzlich beispielsweise 1 Million Menschen leben, können sich folgende Szenarien ereignen:

- **Pro Kopf werden weniger Ressourcen verbraucht.** Das bedeutet, die Armut nimmt zu, ausser es findet ein effizienterer Umgang mit den Ressourcen statt. Die Möglichkeiten effizienter Technologien sind jedoch beschränkt. Die reichsten Nationen auf dieser Welt sind auch Länder, wo sich die Leute viele Produkte leisten können, welche wiederum aus Ressourcen bestehen.
- **Pro Kopf werden gleich viel Ressourcen verbraucht.** Das bedeutet, der Wohlstand bleibt erhalten, aber die Umweltzerstörung nimmt zu. Dies wäre auch kein wünschenswertes Szenario.
- **Pro Kopf werden mehr Ressourcen verbraucht.** Diese Gesell-



Bevölkerungswachstum erzeugt höhere Immobilienpreise und einen Anstieg der Mieten.

schaft begeht langfristig Selbstmord.

Das wahrscheinlichste Szenario ist, dass der Ressourcenverbrauch zunimmt und gleichzeitig eine gewisse Verarmung (Immobilien werden sehr teuer) stattfindet.

Wenn ein Land hohe Immobilienpreise hat, dann bedeutet das, dass ich mit meinem Geld weniger kaufen kann, dass der Wert des Geldes nicht so hoch ist beziehungsweise die Preise zu hoch sind.

Die Kaufkraft des Geldes, was Immobilien betrifft, ist in der Schweiz nicht sehr hoch. Dass die Leute überhaupt noch Immobilien kaufen können, ist meistens nur durch starke Verschuldung möglich oder wenn man etwas geerbt hat. Wenn man Armut definiert, wie viel ein Mensch besitzt, dann bedeutet das, **dass die Armut zunimmt, wenn es immer schwieriger ist, Land und Häuser zu kaufen.**

Fazit: Man sieht, es gibt Vor- und Nachteile. Ich denke, entscheidend ist das Mass. **Diese Ecopop-Initiative will den Zustrom der Ausländer mittels Quoten regeln. Diese Quoten dürfen nicht zu hoch sein, sonst sind sie wertlos.** Die Ecopop will 0.2 Prozent. Das scheint mir vernünftig zu sein. Alle Initiativen, die die Zuwanderung beschränken, sind sinnvoll.

Walter Huber, Basel

Ist die Schweizer Nationalhymne noch zeitgemäss?

Laut einem Gastbeitrag des Geschäftsleiters der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft, Lukas Niederberger, in «Schweiz am Sonntag» **ist der Schweizerpsalm nicht mehr zeitgemäss und soll bis 2015 ersetzt werden.** Ab 1. Januar 2014 startet ein Künstlerwettbewerb für eine neue Hymne und Ende Jahr werden gemäss den Aussagen von Lukas Niederberger die Sieger der zehn besten Beiträge gekürt.

Der persönliche Wunsch von Niederberger wäre eine Art «Burebüellied». Für einen gläubigen Christen und Schweizer mit Herz ist dies eine ungeheure Anmassung und Beleidigung!

Eine alte Weisheit sagt: «Etwas Neues muss (als Ersatz) mindestens besser sein als das Alte, sonst lässt die Hände weg!» Wenn ich an den 1. August oder an Grossveranstaltungen wie Weltmeisterschaften und Olympiaden usw. denke und die Schweizer Nationalhymne ertönt, bin ich jedes Mal überzeugt, dass wir weltweit die

schönste und einmaligste Hymne haben und stolz darauf sein dürfen. Meistens kommt auch etwas Gänsehaut dazu.

Haltlose und verwerfliche Kritik

Die Aussagen gegen unsere Landeshymne sind oftmals atheistisch motiviert, zum Teil lächerlich und unglaubwürdig.

Wenn ein Land Gott als Beschützer ablehnt und vor lauter Stolz nur auf die eigene Macht und Stärke zählt, schaufelt es sich langfristig gesehen das eigene Grab (siehe Geschichtsbücher).

Unsere Landeshymne war, ist und wird (wie auch Gott) immer zeitgemäss bleiben. Daran können die besten Künstler nichts ändern. Jene Schweizer, welche die Strophen der aktuellen Hymne nicht auswendig können, werden auch eine neue Hymne nicht in den Griff bekommen. Also wehret den Anfängen. Das Plädoyer für eine neue Landeshymne von Lukas Niederberger ist eine unnötige Zwängerei!
Gerhard Schreiber, Wegenstetten

Prof. Dr. Albert A. Stahel wird Schweizer Demokrat

Wir dürfen Ihnen mitteilen, dass Prof. Dr. Albert A. Stahel aus Wädenswil per sofort unserer jüngsten Sektion, SD Wädenswil, beigetreten ist **und unsere Partei im Wädenswiler Gemeinderat vertreten wird.**




Für die SD Wädenswil ist dies nach dem Start vor noch nicht allzu langer Zeit ein grosser Gewinn, da Albert A. Stahel im Gemeinderat eine hervorragende Arbeit leistet. **Albert A. Stahel wird sodann auch bei den SD in Wädenswil für die Erneuerungswahlen des Gemeinderates im Jahr 2014 antreten.** Wir wünschen Albert A. Stahel einen guten Start bei uns!

SD Kanton Zürich


Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen


 **SD Stadt Bern: Höck:** (Bei Vorstandssitzungen sind Gäste stets eingeladen!) im Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem. Postauto Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Minute zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünnen- Westside, Haltestelle Säge (von dort etwa 5 Minuten zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 031 974 20 10. **Berner Oberland: Höck** im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden

1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr. Weitere Infos über Tel. 033 822 68 62.

 **Bezirk Baden und Umgebung: Stamm** im Hotel «Winkelried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Telefon 056 222 68 72.

Fricktal: Stamm am Donnerstag, 2. Januar 2014, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Weisses Rössli» in Eiken. Weitere Infos über Telefon 061 871 03 12.

 **SD Stadt Zürich: Stammtisch Wahlkampf** im Zentrum «Karl dem Grossen», Kirchgasse 14 in 8001 Zürich; am Montag, 16. Dezember 2013, um 19.00 Uhr; Stadtrats- und Gemeinderatskandidaten stellen sich den kritischen Fragen der Wählerschaft. Eintritt frei.

 **Kantonalsektion St. Gallen: Stamm** am Donnerstag, 30. Januar 2014, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Dufour» am östli-

chen Ende des St. Galler Hauptbahnhofs. Weitere Infos über Telefon 079 639 06 07, abends.

 **Lucern-Innerschweiz: Höck** im Bistro «Spatz», Obergrundstrasse 103, Luzern. Jeweils am letzten Donnerstag im Monat ab 20 Uhr (ausser im August und Dezember). Es ist immer jemand da! Bus-Nr. 1, 11, 20 ab Luzern Bahnhof bis Haltestelle Eichhof. Weitere Infos über Telefon 076 416 17 00.



Kanton Zürich

**Schwiizer – zämehebe!**

Unter diesem Motto treten die Schweizer Demokraten mit 75 Kandidierenden in allen neun Wahlkreisen und mit Walter Wobmann als Stadtratskandidat zu den Zürcher Stadt- und Gemeinderatswahlen vom 9. Februar 2014 an. **Es braucht mehr Solidarität unter Schweizerinnen und Schweizern.** Alle sollen ihren gerechten Anteil am gemeinsam erarbeiteten Wohlstand bekommen.

Dazu braucht es einen starken Sozialstaat – aber keinen Selbstbedienungsladen für die ganze Welt!

Ältere Wohnsiedlungen und Häuser mit günstigen Mietzinsen sollen nicht abgebrochen, sondern renoviert werden.

Wer sein ganzes Leben hier gewohnt und Steuern bezahlt hat, soll bei Wohnungen und Arbeitsstellen gegenüber Zuwanderern den Vorrang geniessen und auch im Alter in der Stadt bleiben können. Ein Zuwanderungsstopp hilft nicht nur den Schweizern, sondern schützt auch alle schon hier lebenden integrationswilligen Ausländer vor Wohnungsnot und Lohndumping.

Zürich platzt aus allen Nähten!

Für noch mehr «Wachstum» haben wir ganz einfach keinen Platz.

«Verdichtetes Bauen» ist keine Lösung, weil es zu noch mehr Gedränge, Hektik und Stress führt. Das geht auf Kosten der Lebensqualität.

Für teure Prestigeprojekte wie ein neues Kongresszentrum fehlt so wieso auch das Geld. Besonders wichtig ist uns Schweizer Demokraten die Erhaltung aller noch vorhandenen Grüngebiete. **Zum Schutz der Bevölkerung vor Gewalttätern und Einbrechern braucht Zürich eine starke Polizei.** Es ist richtig, den Autoverkehr auf den Hauptstrassen zu konzentrieren. Dort soll er aber fließen können und nicht künstlich behindert werden, bis auch Tram und Bus nicht mehr durchkommen. **Mehr oder weniger einwanderungskritisch sind auch andere Parteien. Wer aber darüber hinaus eine arbeitnehmer-, mieter- und umweltfreundliche Politik will, für den gibt es nur eine Wahl: Schweizer Demokraten – Liste 9 unverändert einlegen!**



Schwiizer – zämehebe!

Liste 9 

Schweizer Demokraten

SD 
national - umweltbewusst - sozial

Jetzt frischen Wind ins Rathaus bringen!

- ▶ Günstige Wohnungen renovieren, nicht abbrechen
- ▶ Ein Einwanderungsstopp hilft uns allen, auch den integrationswilligen Ausländern
- ▶ Verzicht auf teure Prestigebauten (neues Kongresszentrum usw.)
- ▶ Definitiver Schutz für die rar gewordenen Grünflächen
- ▶ Polizei verstärken: mehr Sicherheit vor Gewalttätern und Einbrechern
- ▶ Solides Grundwissen statt unzählige Experimente für unsere Schulkinder
- ▶ Starker Sozialstaat, aber nicht Selbstbedienungsladen für die ganze Welt
- ▶ Zu dichtes Bauen schmälert Wohlbefinden und Lebensqualität
- ▶ Ausbau des gemeinnützigen Wohnungswesens – möglichst viele Liegenschaften der Spekulation entziehen



Walter Wobmann, SD-Kandidat für den Zürcher Stadtrat.

- ▶ Verkehrsberuhigung in Wohnquartieren ja, Hindernisse und Schikanen auf Hauptstrassen nein!
- ▶ Haushälterischer Umgang mit Steuergeldern, aber keine Sparübungen auf dem Buckel der städtischen Angestellten

Liste 9 Schweizer Demokraten und in den Stadtrat Walter Wobmann

**Votum von Gemeinderat Christoph Spiess
Keine Prämienverbilligungen für abgewiesene Asylbewerber!**

(Sinngemässe Zusammenfassung eines frei gehaltenen Votums)

Es geht hier um Menschen, das ist richtig. **Aber es sind Menschen, die schon längst gar nicht mehr hier sein dürften.** Sie wären auch ganz einfach ausfindig zu machen. **Trotzdem behandelt man sie offenbar bezüglich Prämienverbilligungen, wie wenn sie einen legalen Aufenthaltsstatus hätten.** Unsere Behörden sind mit den abgewiesenen Asylbewerbern völlig überfordert.

Das Migrationsamt hat offenbar nicht genügend Ressourcen, um die Ausschaffungen zügig voranzutreiben.

Also setzt man die abgewiesenen Asylanten einfach in irgendein Nothilfezentrum und lässt sie dort warten – auf Dinge die nicht geschehen werden. Die Polizei nimmt diese Leute ab und zu fest und rapportiert wegen illegalen

Aufenthalts. Doch das nützt auch nichts. Mit dem unseligen Schengen-Abkommen hat sich die Schweiz verpflichtet, die EU-Richtlinien betreffend Rückschaffung von Asylanten einzuhalten.

Die Schweiz muss zuerst alle administrativen Möglichkeiten ausschöpfen, um die Ausschaffung zu vollziehen. Erst wenn das nicht fruchtet, kann eine Bestrafung wegen illegalen Aufenthalts erfolgen.

Und weil eben das Migrationsamt mit seiner Arbeit nicht nachkommt, ist das immer seltener der Fall. So bleiben die Illegalen am Schluss alle hier. Es ist deshalb wichtig, dass das vorliegende Postulat überwiesen wird, **damit sie nicht als zusätzlichen Anreiz zum weiteren illegalen Aufenthalt auch noch Prämienverbilligungen bekommen.**



Mourir pour qui?

Un peu à la manière de Marcel Déat¹, la question ne se pose-t-elle pas à nouveau aujourd'hui?

En effet, après la chasse au terrible Ben Laden qui faisait trembler l'Amérique (après avoir été armé par elle!); l'abominable Saddam (armé par elle également!) et ses armes de destruction massive; les attentats imaginaires du 11 septembre; l'affreux dictateur Kadhafi dont le peuple avait, soit dit en passant, le niveau de vie et d'alphabetisation les plus élevés d'Afrique; les pseudos révolutions arabes (voir la Tunisie, la Lybie, l'Égypte et Cie...); vient le tour de la Syrie et de l'utilisation du gaz sarin (que les allemands avaient inventé et produit avant la guerre sans jamais y avoir eu recours) au moment où des experts diligentés par l'ONU



arrivent! Au moment où l'armée régulière va gagner la partie! La ficelle est trop grosse. Sacrés américains! Tout ceci permet quand-même d'y voir plus clair sur

les réelles et perfides intentions de cette «puissance» aux pieds d'argile. Il faut que la Russie et l'Iran ne soit plus parties prenantes au Proche-Orient. Pour y parvenir,

il faut changer le pouvoir de la dernière nation laïque de la région soutenu par ces deux États.

Personne n'est dupe. Le peuple américain se déclare (26/08/13) hostile à 60% à une intervention militaire américaine en Syrie. L'ONU reste dans l'expectative. La Russie et la Chine lancent de sévères admonitions. L'administration américaine va-t-elle quand-même passer outre et déclencher une troisième Guerre mondiale? Ce n'est pas exclu et cela nous ramène 74 ans plus tôt et réactualise, avec quelle acuité!, l'excellent et prémonitoire texte du visionnaire Marcel Déat.

*Pierre-Maurice Vernay,
président DS/Vaud, Remaufens*
¹ «Mourir pour Dantzig» 04/05/1939

Criminalité portugaise en Suisse

19/06/2013 TRIBUNE de Genève, 20 MINUTES: «Genève: Le ministère public a requis la prison à perpétuité pour le meurtrier qui avait égorgé et poignardé de 47 coups de couteau! un chauffeur de taxi, en 1999. Ce portugais de 40 ans accusé d'avoir tué deux hommes. Le second au Luxembourg en 2006, à coups de matraque. «C'était d'une férocité atroce. Il a commis un acte cruel et sauvage. Une véritable boucherie!», a déclaré le procureur Claudio Mascotto. Une scène d'horreur confirmée par un ami de la victime: «Il était coincé entre l'armoire et le lit, par terre, dans la chambre. Il était totalement défiguré.»

18/09/2013 LE MATIN, 24 HEURES: «Jura: Père assassin abonné aux recours. La cour pénale a rejeté la demande de révision de peine d'un portugais (Hum! Hum!) de Porrentruy qui avait tranché morellement la gorge de son fils... de 6 ans en 2008, après avoir violé son ex-épouse!»

27/09/2013 LE NOUVELLISTE, 24 HEURES: «Ouvrier fauché entre Venes et Belmont: conducteur

en fuite, puis retrouvé». Un portugais, bien sûr.

30/09/2013 20 MINUTES: «Malmenée, elle perd l'usage de la parole». Trois portugais (tu m'étonnes) poursuivis depuis lundi pour brigandage qualifié à Yverdon.

01/10/2013 20 MINUTES: «Deux ans de prison ferme pour le chauffard portugais (comme de bien entendu) qui avait tué une écolière de 9 ans (portugaise elle aussi) à Aigle en septembre 2011, alors qu'il était sous le coup d'un retrait de permis... depuis 1997! et qu'il avait déjà récidivé à 5 reprises! Il avait changé sa place avec le passager, lui aussi portugais! (Dame!), pour s'éviter des problèmes avec l'assurance! Ce dernier écope de 6 mois ferme.» (Ces deux salopards n'ont même pas appelé les secours!)

01/10/2013 LE MATIN: «Un père condamné pour abus sexuels sur sa fille. Un portugais (sans blague?) de 48 ans condamné à 5 ans de prison par la cour pénale du canton de Neuchâtel pour avoir violé sa fille... pendant 10 ans!» (une spécialité de ce type de criminels incestueux...)
A QUI LE TOUR?

Délinquants étrangers: DEHORS!

Une fois de plus, une fois de trop!, alors qu'un psychopathe préservé par les représentants de la caste dirigeante (...) assassine une infortunée et innocente jeune fille de 20 ans dans un pays qui n'était pas le sien et qui sera sa destinée fatale, nous assistons à la diabolisation du peuple (ou de ce qu'il en reste!...), de ses dirigeants (ou de ce qu'il en reste aussi!...) et de ce malheureux pays alors que ce type de crime imputable à des nationaux d'origine ne se produit que tous les 20 ans et ceux des étrangers tous les jours!...

À l'appui de cette assertion, il n'est que de constater le taux d'occupation étrangère des établissements pénitentiaires suisses.

Il y a 80% d'immigrés, naturalisés non compris, dans les geôles helvétiques, dont, parmi les nationalités les plus criminelles en 2012:

1- Portugal 2- Italie 3- Serbie 4- Allemagne (naturalisés compris!), etc... (office fédéral de la statistique).

Quand allons-nous mettre un terme à cette déplorable tartufferie? Ce territoire ignorait il y a 25 ans

cette sinistre insécurité et pour cause: la libre circulation des personnes, les impératifs d'ÉCONOMIE SUISSE, les exigences imbéciles des lobby mondialistes, etc... constituent les causes premières de cette catastrophe.

Dirigeons-nous allégrement vers des confrontations que «l'Autorité» ne pourra subvertir? C'est probable et c'est la raison pour laquelle nous appelons tous les patriotes et nationalistes à nous rejoindre dans ce combat décisif pour la survie de notre identité, de notre culture et de notre indépendance aujourd'hui gravement menacées. L'Action Nationale/Démocrates constitue la seule et unique force politique depuis 50 ans à même d'entreprendre cette bataille contre les forces adversatives et destructrices de la nation et de son peuple.

Notre appel est désormais solennel: «AVEC NOUS AVANT QU'IL NE SOIT TROP TARD!»

*Pierre Maurice Vernay,
président DS/Vaud, Remaufens*



Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion

Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Köniz



**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum
Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

JA zur Eidgenössischen Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung»

Am 9. Februar 2014 wird über die nächste Initiative zur Begrenzung der Einwanderung abgestimmt. **Dies ist ein wichtiges Datum im Kampf für die Erhaltung unserer Heimat.** Der SD-Zentralvorstand hat bereits einstimmig die Ja-Parole für diese Abstimmung beschlossen.

- Sind Sie auch für den absoluten Vorrang von uns Einheimischen?
- Ärgern Sie sich auch über die vielen ausländischen Chefs, welche über uns bestimmen?
- Meinen Sie auch, dass zu viele Ausländer unsere Mieten hoch-treiben und Konkurrenten auf dem Wohnungsmarkt sind?
- Haben Sie auch genug von der einwanderungsbedingten Kriminalität?
- Stören Sie sich als Folge der Masseneinwanderung auch am Gedränge im Bus, im Tram, in der Bahn und auf den Strassen?
- Finden Sie es auch nicht gut, dass unser Land mit Hilfe von immer mehr ausländischen Arbeitskräften zubetoniert wird?
- Stören Sie sich auch daran, dass unsere Sozialwerke wie die AHV, die IV, die Pensionskassen, die Arbeitslosenkasse und die Sozialhilfe von immer mehr Ausländern ausgesaugt werden?
- Haben Sie auch genug vom EU-Diktat?

**Lassen Sie sich nicht durch die böartige
Gegenkampagne abschrecken und stimmen
JA für unsere Heimat!**

Der Initiativtext lautet:
«Die Bundesverfassung¹ wird wie folgt geändert:
Art. 121 Sachüberschrift (neu)
Gesetzgebung im Ausländer- und Asylbereich
Art. 121a (neu) Steuerung der Zuwanderung

¹ Die Schweiz steuert die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig.

² Die Zahl der Bewilligungen für den Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz wird durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente begrenzt. Die Höchstzahlen gelten für sämtliche Bewilligungen des Ausländerrechts unter Einbezug des Asylwesens. Der Anspruch auf dauerhaften Aufenthalt, auf Familiennachzug und auf Sozialleistungen kann beschränkt werden.

³ Die jährlichen Höchstzahlen und Kontingente für erwerbstätige Ausländerinnen und Ausländer sind auf die gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz unter Berücksichtigung eines Vorranges für Schwei-

zerinnen und Schweizer auszurichten; die Grenzgängerinnen und Grenzgänger sind einzubeziehen. Massgebende Kriterien für die Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen sind insbesondere das Gesuch eines Arbeitgebers, die Integrationsfähigkeit und eine ausreichende, eigenständige Existenzgrundlage.

⁴ Es dürfen keine völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen werden, die gegen diesen Artikel verstossen.

⁵ Das Gesetz regelt die Einzelheiten.

II
Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:
Art. 197 Ziff. 9² (neu)
9. Übergangsbestimmung zu Art. 121a (Steuerung der Zuwanderung)

¹ Völkerrechtliche Verträge, die Artikel 121a widersprechen, sind innerhalb dreier Jahre nach dessen Annahme durch Volk und Stände neu zu verhandeln und anzupassen.

² Ist die Ausführungsgesetzgebung zu Artikel 121a drei Jahre nach dessen Annahme durch Volk und Stände noch nicht in Kraft getreten, so erlässt der Bundesrat auf diesen Zeitpunkt hin die Ausführungsbestimmungen vorübergehend auf dem Verordnungsweg.»

Wir rufen alle auf, bei Bekannten, Verwandten und Freunden für diese Volksinitiative Werbung zu betreiben. Was auch immer die Gegner sagen, wir lassen uns von den gegnerischen Horrorszenarien nicht aus dem Takt bringen und stimmen JA zur Eidgenössischen Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung»!

**Um diesen Kampf führen zu können, brauchen wir aber Ihre tatkräftige finanzielle Unterstützung. Nutzen Sie den beigelegten Einzahlungsschein, um das chronische Defizit in unserer Zentralkasse zu beenden und in den politischen Angriff zu gehen. Nur wenn wir auf Ihre finanzielle Hilfe zählen können, ist es möglich, diesen Kampf für die Zukunft unserer Heimat voranzutreiben.
Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!**

SD-Redaktion

Aufgepasst

Als Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) bekommen Sie jeweils zwei Rechnungen: Anfang Jahr erhalten Sie eine Rechnung für das Jahresabonnement der Zeitung von Fr. 45.–. Dieser Betrag wird immer der Zentralkasse gutgeschrieben. Zwischen März und Juni des laufenden Jahres folgt dann die Verrechnung des Mitgliederbeitrags (meistens Fr. 50.–). Dieser Betrag wird der Kasse Ihrer kommunalen oder kantonalen Sektion (je nach Kanton auch die Zentralkasse) gutgeschrieben. Beide Rechnungen werden einmal pro Jahr zugestellt.

SD-Redaktion

Die Kandidatenlisten sowie weiteres Werbematerial für die Städtzürcher Wahlen sind auf <http://stadtzh.schweizerdemokraten.ch> zu finden.